



Medienmitteilung der CVP Uri vom 1. Oktober 2015

## **Schutzklausel als Lösung des Konflikts**

**Die CVP Uri führt am 30. September 2015 einen öffentlichen Diskussionsabend durch, und zwar zum Thema «Die Schweiz und Europa: Freiheit oder Unterwerfung?» Gastreferent war der Zuger Nationalrat Gerhard Pfister.**

Die Politik der Schweiz muss die Souveränität, Neutralität und Weltoffenheit des Landes bewahren und die eigenen Interessen selbstbewusst verteidigen und fördern. Eine Schlüsselrolle in den Beziehungen der Schweiz kommt dem Verhältnis zu Europa zu. «Die Schweiz und Europa: Freiheit oder Unterwerfung?» Zu diesem Thema organisierte die CVP Uri denn auch einen öffentlichen Diskussionsabend. Er fand am Mittwochabend, 30. September 2015, bei der Stiftung Behindertenbetriebe Uri in Schattdorf statt.

Gastreferent war der Zuger Nationalrat Gerhard Pfister. Er ist nicht nur ein versierter Kenner der Schweizer Aussenpolitik, sondern engagiert sich im Nationalrat auch stark im Thema Europa. «Für die Schweiz sind die Nachbarländer sehr wichtige Handelspartner», meinte Gerhard Pfister. «Mit ihnen eine gute Zusammenarbeit zu haben und weiterhin zu pflegen, ist nicht nur für die Schweizer Wirtschaft sehr wichtig; es garantiert auch unseren Wohlstand.» Wichtig dabei sei indes, dass die Schweiz klar zwischen Europa und der EU unterscheide. Mit der EU müsse die Schweiz einvernehmlich verhandeln, sich dabei aber immer klar positionieren. Das gelte zurzeit besonders bei der Umsetzung der Masseneinwanderungs-Initiative. Aus Sicht von Gerhard Pfister müsse der Bundesrat endlich konkrete eigene Vorschläge machen und damit der EU aufzeigen, wie die Schweiz das Problem lösen wolle.

### **Einwanderung begrenzen, Bilaterale sichern**

Als gangbaren Weg zur Lösung nannte der Zuger Nationalrat die von der CVP in die Diskussion eingebrachte Schutzklausel. Bei übermässiger Einwanderung in unser Land würde diese Klausel greifen. «Damit setzen wir die Masseneinwanderungsinitiative um und schützen die Schweiz sowohl vor übermässiger Einwanderung als auch vor dem Verlust von Arbeitsplätzen. Gleichzeitig sichern wir damit die Bilaterale», so Gerhard Pfister.

Auch aus Sicht des Urner Ständerats Isidor Baumann ist die Schutzklausel ein gangbarer Weg, um die Einwanderung zu begrenzen und die Bilateralen zu sichern. Sowohl Isidor Baumann als auch Landratsvizepräsidentin Frieda Steffen nahmen an der Podiumsdiskussion teil, die auf das Referat folgte. Alle waren sich einig, dass die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative in der von der CVP vorgeschlagenen Weise möglich und erfolgreich ist.

Kontakt:

Christine Widmer Baumann, Präsidentin CVP Uri, Telefon 079 336 44 34